



Beschlussvorlage Haupt- und Personalamt Tagesordnungspunkt: 6		Drucksachen-Nr.: 2011-16/0258 Status: öffentlich Datum: 07.09.2012		
Termin	Beratungsfolge:	Abstimmungsergebnis		
		Ja	Nein	Enthalt.
06.09.2012	Kreisausschuss	8	0	0
20.09.2012	Kreistag			

Bezeichnung:

Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde gemäß § 23 Abs. 3 des Nieders. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2011

Sachverhalt:

Der Jahresabschluss zum 31.12.2011 der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde ist von der Prüfstelle des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes geprüft und mit dem Bestätigungsvermerk versehen worden, dass der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entspricht und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt. Der Lagebericht stehe im Einklang mit dem Jahresabschluss und vermittle insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stelle die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Der Verwaltungsrat der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde hat in seiner Sitzung am 13.07.2012 dem Vorstand der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde einstimmig die Entlastung erteilt.

Vom Träger, dem Landkreis Rotenburg (Wümme), ist anschließend über die Entlastung des Verwaltungsrats der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde zu entscheiden.

Ein Exemplar des Geschäftsberichts der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde war der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses am 06.09.2012 beigelegt.

Beschlussvorschlag:

Dem Verwaltungsrat der Sparkasse Rotenburg-Bremervörde wird gemäß § 23 Abs. 3 des Niedersächsischen Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2011 die Entlastung erteilt.

In Vertretung

(Dr. Lühring)



Beschlussvorlage Haupt- und Personalamt Tagesordnungspunkt: 7		Drucksachen-Nr.: 2011-16/0236 Status: öffentlich Datum: 07.09.2012		
Termin	Beratungsfolge:	Abstimmungsergebnis		
		Ja	Nein	Enthalt.
12.07.2012	Kreisausschuss	11	0	0
20.09.2012	Kreistag			

Bezeichnung:

Anstaltsbeirat für die Justizvollzugsanstalt (JVA) Bremervörde;
hier: Aufstellung der Vorschlagsliste

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 07.06.2012 bittet das Nieders. Justizministerium den Landkreis, für die zum 02.01.2013 in den sog. Probetrieb gehende Justizvollzugsanstalt Bremervörde eine Vorschlagsliste mit Kandidatinnen und Kandidaten für den Anstaltsbeirat aufzustellen.

Nach § 186 Nds. Justizvollzugsgesetz (NJVollzG) i. V. m. § 162 Strafvollzugsgesetz (StVollzG) werden bei allen Justizvollzugsanstalten als Vertreter der Öffentlichkeit ehrenamtliche Anstaltsbeiräte gebildet. Die Mitglieder des Beirates wirken bei der Gestaltung des Vollzuges und bei der Betreuung der Gefangenen mit. Sie unterstützen die Anstaltsleitung durch Anregungen und Verbesserungen und helfen bei der Eingliederung der Gefangenen nach der Entlassung.

Die Mitglieder des Anstaltsbeirates werden durch das Niedersächsische Justizministerium ernannt. Die Leitung der Justizvollzugsanstalt bittet den Landkreis, in dem sich die JVA befindet, um eine Vorschlagsliste und legt sie dem Nds. Justizministerium mit ihrer Stellungnahme vor. Die Vorschlagsliste soll mindestens zwei Kandidatinnen oder Kandidaten mehr enthalten, als ernannt werden. Gemäß vorläufiger Festsetzung des Nds. Justizministeriums wird der Anstaltsbeirat der Justizvollzugsanstalt Bremervörde drei Mitglieder umfassen. In die Vorschlagsliste des Landkreises sollen demnach mindestens 5 Personen aufgenommen werden.

Die Mitglieder des Beirates sollen am Ort oder in unmittelbarer Nähe der Justizvollzugsanstalt, die sie betreuen, wohnen. Justizvollzugsbedienstete sowie Bedienstete des Fachministeriums dürfen nicht Mitglied eines Beirates sein. Auf eine paritätische Besetzung des Anstaltsbeirates ist zu achten. Die Amtszeit des Anstaltsbeirates dauert vier Jahre. Eine erneute Ernennung der Mitglieder soll nur einmal erfolgen.

Das Justizministerium weist in seinem Schreiben darauf hin, dass der Anstaltsbeirat u. a. als Repräsentant der Öffentlichkeit gegenüber dem Vollzug fungiert. Daher wird die Ernennung von mehreren Personen unterschiedlicher etablierter Parteien empfohlen, die in der Region Bremervörde vertreten sind. Diese sollten nach gängiger Praxis im öffentlichen Leben und im wirtschaftlichen Bereich wenigstens lokal bedeutsame Schlüsselstellungen einnehmen.

Der Kreisausschuss hat sich in seiner Sitzung am 12.07.2012 mit der Angelegenheit befasst und dem Kreistag einstimmig folgenden Beschluss empfohlen (*der Vorschlag zu 5. wurde durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nachbenannt*):

Beschlussvorschlag:

In die Vorschlagsliste für den Anstaltsbeirat der Justizvollzugsanstalt Bremervörde werden aufgenommen:

Name, Vorname, Anschrift

1. Ringe, Helmut, 27432 Oerel, Eichenstraße 4
2. Petersen, Bernd, 27419 Kalbe, Kulturstraße 5
3. Gajdzik, Erich, 27432 Bremervörde-Elm, Eddelhoff 31
4. Brünjes, Reinhard, 27432 Bremervörde-Hönau-Lindorf, Lindauer Straße 124
5. Schwennecke, Birgit, 27432 Bremervörde-Mehedorf, An der Mehe 16

Luttmann



Beschlussvorlage Amt für Finanzen Tagesordnungspunkt: 8		Drucksachen-Nr.: 2011-16/0254 Status: öffentlich Datum: 07.09.2012		
Termin	Beratungsfolge:	Abstimmungsergebnis		
		Ja	Nein	Enthalt.
06.09.2012	Kreisausschuss	11	0	0
20.09.2012	Kreistag			

Bezeichnung:

Bewilligung einer außerplanmäßigen Auszahlung
hier: Zuweisung zu den Kosten des Umbaus in der Grundschule Klenkendorfer Mühle

Sachverhalt:

Auf der Grundlage des Kooperationsvertrages (Beginn 01. August 2012) zwischen der Schule am Mahlersberg und der Grundschule Klenkendorfer Mühle werden ein Klassenraum mit Küchenzeile und ein angrenzender Differenzierungsraum in der Grundschule Klenkendorfer Mühle zur Verfügung gestellt. Hierdurch kann eine Klasse des Schulzweiges „Geistige Entwicklung“ (GE) in der Grundschule Klenkendorfer Mühle beschult werden. Die neue Klasse ist im Einvernehmen beider Schulen als langfristige Einrichtung vorgesehen und soll dauerhaft fortgesetzt werden. Die Kooperationsklasse gehört verwaltungsmäßig zur Förderschule Bremervörde (Schule am Mahlersberg), wird jedoch räumlich ausgelagert.

Die Ausstattung der beiden Räume mit beweglichem Mobiliar für die Förderschule Bremervörde wird vom Schulträger Landkreis Rotenburg (W.) übernommen. So ist bei einer Beendigung der Kooperation gewährleistet, dass das Mobiliar in der Förderschule Bremervörde weiter genutzt werden kann.

Gemäß der zwischen der Gemeinde Gnarrenburg und dem Landkreis Rotenburg (W.) getroffenen Vereinbarung trägt der Landkreis die einmaligen Investitionskosten; diese werden auf ca. 27.500 € geschätzt.

Die Deckung der außerplanmäßigen Auszahlung erfolgt durch Einsparungen bei den Baukosten für die Erweiterung des Förderzentrums „Geistige Entwicklung“ bei der Schule am Mahlersberg.

Beschlussvorschlag:

Der außerplanmäßigen Auszahlung einer Zuweisung zu den Investitionskosten für den Umbau der Grundschule Klenkendorfer Mühle in Höhe von 27.500 € im Teilhaushalt 3 (Bildung, Kultur und Sport), Produkt 22.1.01 (Förderschule Bremervörde) unter Zeile 29 (Aktivierbare Zuwendungen) an die Gemeinde Gnarrenburg wird zugestimmt.
Die Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen bei den unter Zeile 26 veranschlagten Baumaßnahmen.

(Luttmann)



Beschlussvorlage Haupt- und Personalamt Tagesordnungspunkt: 9		Drucksachen-Nr.: 2011-16/0250 Status: öffentlich Datum: 07.09.2012		
Termin	Beratungsfolge:	Abstimmungsergebnis		
		Ja	Nein	Enthalt.
12.07.2012	Kreisausschuss	11	0	0
20.09.2012	Kreistag			

Bezeichnung:

Antrag der CDU/FDP-Arbeitsgruppe vom 11.06.2012: Zusätzliche Mitglieder mit beratender Stimme aus der Landjugend und den Umweltverbänden im Ausschuss für den Dorfwettbewerb

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 11.06.2012 beantragt die CDU/FDP-Arbeitsgruppe des Kreistages die Aufnahme zweier Mitglieder mit beratender Stimme für den Ausschuss für den Dorfwettbewerb. Es sollen ein Vertreter aus der Kreislandjugend sowie ein Vertreter der Umweltverbände als weitere Mitglieder mit beratender Stimme des Ausschusses für den Dorfwettbewerb zur Teilnahme an den Sitzungen und Bereisungen im Rahmen des Kreiswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ aufgenommen werden.

Der Kreistag hat sich in seiner Sitzung am 05.07.2012 mit dem als Anlage beigefügten Antrag befasst und diesen zur weiteren Beratung an den Kreisausschuss verwiesen.

Der Kreisausschuss hat die Angelegenheit in seiner Sitzung am 12.07.2012 beraten und dem Kreistag einstimmig folgenden Beschluss empfohlen:

Beschlussvorschlag:

An den Sitzungen und Bereisungen des Ausschusses für den Dorfwettbewerb im Rahmen des Kreiswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ nehmen auch ein Mitglied aus der Kreislandjugend sowie ein Mitglied aus den Umweltverbänden mit beratender Stimme teil.

Luttmann

CDU/FDP-Gruppe im Rotenburger Kreistag.
Postfach 11 71. 27341 Rotenburg



CDU

Landkreis Rotenburg (Wümme)
Herrn Landrat Hermann Luttmann
Hopfengarten 2
27356 Rotenburg (Wümme)

1. Kreistag
2. Kreistag
al B.

Renate Bassen
Mitglied des Kreistages
Alte Dorfstraße 5
27383 Ostervesede

Tel./ FAX: 04263-8224

Email: r-bassen@t-online.de

Ostervesede, 11.06.12

**Antrag zur Aufnahme zweier Mitglieder mit beratender Stimme ,
ein Mitglied aus der Kreislandjugend und ein Mitglied aus den Umweltverbänden NABU-
Kreisgruppe ROW.**

Landkreis Rotenburg (Wümme)
Der Landrat

11. Juni 2012

Sehr geehrter Herr Landrat,

ich beantrage hiermit im Namen der CDU/FDP-Arbeitsgruppe ,für den Kreiswettbewerb
„Unser Dorf hat Zukunft“ein Mitglied aus der Kreislandjugend, u. ein Mitglied aus den Umwelt-
verbänden Nabu Kreisgruppe ROW.aufzunehmen, da das Mitwirken der Jugend in den Dörfern
und der Umweltschutz bei diesem Wettbewerb eine große Rolle spielt.

Somit wären im Ausschuss eingebunden Kreistagsmitglieder, eine Kreislandfrau,eine Pers.von der
Kreislandjugend,eine Pers. von den Umweltverbänden sowie der Geschäftsführer vom
Touristikverbandes des Landkreises und der Verwaltung.

Ich bitte um Zustimmung zu diesen Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

Renate Bassen

CDU/FDP-Gruppe des Rotenburger Kreistages

Vorsitzender Heinz-Günter Bargfrede
Gut Gothard 12, 27356 Rotenburg
Telefon 04261/83948, Fax 04261/848156
email: hg-bargfrede@web.de

Herrn Landrat
Hermann Luttmann
Kreishaus
27356 Rotenburg

Landkreis Rotenburg (Wümme)
Der Landrat

04. Sep. 2012

27356 Rotenburg, den 4. September 2011

Sehr geehrter Herr Landrat,

im Namen der CDU/FDP-Gruppe des Kreistages stelle ich den folgenden Antrag:

Der Kreistag möge beschließen:

Für die weitere Entwicklung des Landkreises Rotenburg ist der Bau der A 20 unverzichtbar. Nach den jahrzehntelangen Planungen muss sie jetzt so bald wie möglich gebaut werden. Der Kreistag fordert deshalb alle Verantwortlichen im Bund und in den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen dazu auf, weiter im gemeinsamen Schulterschluss mit allem Nachdruck an der zügigen Realisierung dieses Jahrhundert-Projektes zu arbeiten.

Begründung:

Ohne eine gut ausgebaute Infrastruktur sind private Investitionen, unternehmerisches Handeln und eine gute wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich. Verkehrswege sind die Lebensadern unserer Volkswirtschaft. Wir sehen das in unserem Landkreis an der Entwicklung unserer an der A 1 gelegenen Gemeinden.

Auf großes Unverständnis und scharfe Kritik ist der von der neuen Kieler Landesregierung verordnete Baustopp für das durch Schleswig-Holstein verlaufene Teilstück der A 20 gestoßen.

Alle norddeutschen Bundesländer waren bisher in engem Schulterschluss beim Bund für die Realisierung der A 20 eingetreten. Noch im Februar 2012 haben die Bundesländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen mit dem Bund eine Vereinbarung hinsichtlich der Finanzierung unterzeichnet. Im Juni erteilte der Bund sein Einverständnis zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens zwischen den Anschlussstellen Bremervörde und Elm. Auch der Planfeststellungsbeschluss für die feste Elbquerung wird voraussichtlich noch in diesem Jahr vorliegen.

Die Kieler Blockade könnte unübersehbare Folgen für das gesamte Projekt haben. Vor allem aber muss sicher gestellt werden, dass das Land Niedersachsen auch in Zukunft mit Nachdruck an der Realisierung dieses Projektes arbeitet. Deshalb ist jetzt ein klares Signal des Kreistages erforderlich

Mit freundlichen Grüßen



Heinz-Günter Bargfrede